



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

BERLINER KLIMASCHUTZRAT FEHLT VERBRAUCHERSICHT

17.01.2008 Fachinformation

BBU kritisiert Nichtbeteiligung der Wohnungswirtschaft Berlin, den 17. Januar - Heute stellt der von Senatorin Katrin Lompscher berufene Klimaschutzrat seine künftigen Arbeitsschwerpunkte vor. Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) kritisiert die Verbraucherferne des Gremiums. "Ich bezweifle, dass vor dem Hintergrund der Zusammensetzung des Gremiums von ihm verwertbare Ergebnisse und wirtschaftlich umsetzbare Empfehlungen erwartet werden können", so BBU-Vorstandsmitglied Ludwig Burkardt. Die Wohnungsunternehmen hätten im Verlauf der letzten 20 Jahre umfangreiche Erfahrungen mit dem Klimaschutz sammeln können. "Dabei musste die Wohnungswirtschaft wie kaum eine andere Branche die Wirtschaftlichkeit und Verbraucherorientierung der Maßnahmen im Auge behalten. Klimafreundliche Modernisierungen bringen eben nichts, wenn dadurch die Mieten unbezahlbar werden. Andererseits sind Umweltschutz und damit niedrige Betriebskosten heute ein wesentliches Kriterium bei der Vermietbarkeit von Wohnungen." Es sei unverständlich, weshalb Senatorin Lompscher bei der Berufung des Klimaschutzrats auf diesen Praxisbezug verzichtet habe. "Dabei hat die Senatorin die Bedeutung der Wohnungsunternehmen als Klimaakteure durch die Unterzeichnung des Klimaschutzabkommens im Dezember 2007 anerkannt", so Burkardt. Bedenkliche Nähe zu den Energieversorgern? Dass hingegen ausgerechnet die großen Versorgungsunternehmen Vattenfall und Gasag an dem Gremium beteiligt seien, habe der BBU mit Sorge zur Kenntnis genommen. Die Versorgungsunternehmen hätten in der Vergangenheit gezeigt, dass sie Einsparungserfolge von Mietern und Vermietern für Preiserhöhungen nutzten. "Ohne sparsamere Mieter und die energiesparenden Modernisierungen der Wohnungswirtschaft hätten die Energiepreise kaum derart massiv angehoben werden können, wie es in den letzten Jahren der Fall war. Sonst könnten die Menschen ihre Wohnungen heute gar nicht mehr heizen. Hier stellt sich die Frage, wie nah der Senat den großen Versorgungsunternehmen steht, und wessen Interessen die Verbraucherschutzsenatorin vertritt. Es bleibt nur zu hoffen, dass am Ende nicht der Verbraucher wieder mal die Zeche für realitätsferne Vorgaben der Politik zahlen muss." Seit 1991 haben die Berliner Mitgliedsunternehmen des BBU 6,5 Milliarden Euro in die Modernisierung ihrer Bestände investiert. Mittlerweile sind 85 Prozent ganz oder teilweise modernisiert. Der Heizenergiebedarf je Quadratmeter konnte so im Bestand um 20 Prozent reduziert werden. Die CO₂-Emissionen gingen um über 25 Prozent zurück. Die sektorbezogenen Ziele des Kyoto-Protokolls wurden von der Wohnungswirtschaft deutlich übererfüllt. Unter dem Dach des BBU sind 368 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereint. Die von den BBU-Mitgliedern verwalteten gut 1,1 Millionen Wohnungen. Das sind über 40 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und fast 50 Prozent der Mietwohnungen im Land Brandenburg.

<https://bbu.de/beitraege/berliner-klimaschutzrat-fehlt-verbrauchersicht>